

# Kulturverein fordert Aula an der neuen Sekundarschule <sup>BH 10.08.</sup>

VON SEBASTIAN RADERMACHER

**WERMELSKIRCHEN** Kann bei der Errichtung einer Sekundarschule eine Schulaula gebaut werden, die auch für Theaterveranstaltungen des Kulturvereins genutzt werden kann? Mit dieser Frage hat sich jetzt Christel Reetz, die Vorsitzende des Kulturvereins, nochmals an den Bürgermeister gewandt. Für sie stelle sich in der jetzigen ungewissen Situation nicht nur die Frage, ob wieder Theater in Wermelskirchen angeboten werden könne, sondern zusätzlich auch die Frage nach der Zukunftsberechtigung des Kulturvereins. „Nach unserer Kenntnis ist im Zusammenhang mit der Errichtung einer Sekundarschule keine Aula vorgesehen, die Theateraufführungen ermöglichen würde“, sagt die Vorsitzende des Kulturvereins und fügt an: „Daher muss der Verein über eine Neuorientierung bis hin zur Auflösung nachdenken.“

Man habe bei der Verabschiedung des Publikums zum Ende der letzten Theaterspielzeit versprochen,

die Menschen auf dem Laufenden zu halten und für eine neue Spielstätte zu kämpfen. Der Kulturverein will nun Klarheit. „Auch die Abonnenten und alle, die sich für die Zukunft des Vereins interessieren, haben ein Anspruch auf Klärung und Gewissheit“, sagt Reetz.

Die WNKUWG-Fraktion hat beantragt, das Thema „Veranstaltungsstätte für den Theaterbetrieb“ auf die Tagesordnung des Ausschusses für Schule, Sport, Kultur und Kattwinkelsche Fabrik zu setzen und dort zu beraten. Bereits in den vergangenen Monaten habe sich die Fraktion mit dem Thema beschäftigt. „Dabei ist uns als eine Option in den Sinn gekommen, zu prüfen, ob die Kulturaktivitäten in Wermelskirchen nicht grundsätzlich in der Katt gebündelt werden können“, sagt Fraktionsvorsitzender Henning Rehse. „Hierzu wäre es sicherlich sinnvoll, ein Raum-, Zeit- und Investitionskonzept hinsichtlich notwendiger baulicher Maßnahmen und Anschaffungen in der Katt zu erstellen.“

## Anregung: Kultur in der Katt bündeln?

Die WNK-UWG-Fraktion beantragt, dass sich der Ausschuss für Schule, Sport, Kultur und Kattwinkelsche Fabrik in seiner nächsten Sitzung mit der Anfrage des Kulturvereins nach einer Theater-Stätte beschäftigt, das heißt mit der Frage, ob es Sinn macht, die Kulturaktivitäten in Wermelskirchen grundsätzlich in der Kattwinkelschen Fabrik zu bündeln. Hierzu wäre womöglich sinnvoll, ein Raum-, Zeit- und Investitionskonzept hinsichtlich notwendiger baulicher Maßnahmen und Anschaffungen in der Katt zu erstellen. Bühne und großer Saal gelten als ungeeignet für Theater. *s.n.*

# Der Wald hilft beim Klimaschutz

WGA 11.08.13

**ANFRAGE** WNK-UWG möchte Geld aus neuem Bundes-Fördertopf.

Ist der Stadtverwaltung der Fördertopf „Waldklimafonds“ der Bundesregierung bekannt? Das fragt die Fraktion von WNK-UWG, die außerdem wissen möchte: Hat sich die Stadt Wermelskirchen bereits um Förderung beworben? Oder, wenn nicht: Mit welchen konkreten Projekten könnte sich die Stadt bewerben, und welche finanziellen Vorteile könnte es für die Stadt bedeuten?

Der so genannte Waldklimafonds unter gemeinsamer Federführung des Bundeslandwirtschafts- (BMELV) und des Bundesumweltministeriums (BMU) soll helfen, die deutschen Wälder an die sich verändernden klimatischen Bedingungen anzupassen. Fast ein Drittel der Fläche der Bundesrepublik ist mit Wald be-

deckt, insgesamt rund 11 Millionen Hektar. Die Bäume speichern zusammen etwa 120 Millionen Tonnen Kohlenstoffdioxid und leisten so einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz.

## Die Bewirtschaftung der Wälder ist meist defizitär

Die Bewirtschaftung der städtischen Forst- und Waldflächen ist in der Regel aber defizitär. Und genau da soll der Waldklimafonds helfen.

Damit der deutsche Wald auch weiterhin seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann, so die Ministerien, sei es wichtig, die Wälder gegenüber dem Klimawandel anzupassen. BMELV und BMU sehen es daher als notwendig an, Maßnahmen zur Erschlie-

ßung des Kohlenstoffdioxid-Minderungs-, Energie- und Substitutionspotenzials von Wald und Holz so wie zur Anpassung der deutschen Wälder an den Klimawandel zu fördern.

Die Maßnahmen sollen unter Beachtung ökologischer und ökonomischer Aspekte einen größtmöglichen Nutzen für den Schutz des Klimas und die Anpassungsfähigkeit der Wälder an die Folgen des Klimawandels erzielen.

Die WNK-UWG-Fraktion möchte nun also erfahren, ob Wermelskirchen auch aus diesem Topf Geld beziehen könnte – und bittet um eine Beantwortung ihrer Anfrage durch die Verwaltung im Ausschuss für Bau und Umwelt. *red*

## LESER-FORUM

### „Bitte haltet Euch an die Regeln“

Zum Thema Wahl-Plakatierung (WGA von Freitag und Samstag)

Unsere Plakate sollten zwischenzeitlich wieder auf der richtigen Höhe hängen. Ansonsten schließe ich mich Herrn Bleek an. Bisher ist uns das Ziel des Plakatierungsabkommens „Ordnung in der Stadt“ gut gelungen. Dass dennoch die eine Gruppe schneller als die andere ist, gehört zum normalen Wettbewerb.

**Horst Walter Schenk** FDP-Vorsitzender

Im Übrigen schließen sich bislang alle Leserbrief-Schreiber Rainer Bleek an, der insbesondere auf drei Punkte von Henning Rehse verwies:

1. Es war nie Diskussionsthema, dass ein Plakatstandort nicht ein „Paket“ aus zwei Plakaten mit Vorder- und Rückseite enthalten dürfte. Dieser Ansatz gibt auch überhaupt keinen Sinn, da diese Frage weder die Menge der Standorte

und damit Chancengleichheit noch das Thema der Windlast der Laternen tangiert. Mein Vorschlag ist, dass wir natürlich alle aus zwei Plakaten ein „Paket“ mit Vorder- und Rückseite basteln und aufhängen dürfen.

2. Bitte haltet Euch an die Regeln betreffs der Verkehrssicherheit: keine Kombination mit Ver- und Gebotszeichen, Ampelanlagen, Sichtbehinderung etc.. Bitte macht der Verwaltung jetzt keine Arbeit, das zu kontrollieren und tätig zu werden. Das müssten wir doch selber hinbekommen!

3. Die Verwaltung ist nichtsdestotrotz berufen, sich um die vor allem auswärtige kommerzielle Plakatierung zu kümmern: hier hängen in der Tat mehrere Plakate an einer Laterne übereinander, was nicht zulässig ist. *WGA 16.08.*

Leserbriefe geben ausschließlich die Meinung der Einsender wieder; Kürzungen bleiben vorbehalten. Zuschriften erreichen den WGA per E-Mail an [wga@rga-online.de](mailto:wga@rga-online.de)

# Rehse: Politik soll vereint gegen „Kommunal-Soli“ vorgehen

BH  
24.08.

VON SEBASTIAN RADERMACHER

**WERMELSKIRCHEN** Wie wird die Stadt Wermelskirchen auf die von der Landesregierung geplante Zwangsabgabe in Höhe von 436 738 Euro reagieren? Wird die Stadt dagegen klagen? Henning Rehse (WNKUWG) regt dringend an, dass sich die Politiker zusammenschließen und Bürgermeister Eric Weik in dieser Aufgabe unterstützen. „Ich denke, dass wir alle nun gefordert sind“, sagt Rehse.

Er schlägt vor, dass die Fraktionsvorsitzenden und der Bürgermeister zunächst gemeinsam ein Schreiben an die Landesregierung und den Landtag richten. Zudem regt Rehse an, eine an den zuständigen Ausschuss des Landtags gerichtete „Massenpetition“ der Bürger zu organisieren sowie dem Bürgermeister die Ermächtigung zu erteilen, eine Klage gegen die Regelung einzureichen oder einer gemeinsamen

Klage mehrerer Kommunen beizutreten. Außerdem schlägt der Fraktionsvorsitzende der WNKUWG vor, „das Thema und mögliche Ideen zum weiteren Vorgehen in einer Sitzung des Ältestenrates festzulegen“.

Die Meldung, dass Wermelskirchen zu den 60 Kommunen in NRW gehört, die noch höher verschuldete Städte mit der Zwangsabgabe („Kommunal-Soli“) unterstützen sollen, kann er absolut nicht nachvollziehen. „Man fragt sich ernsthaft, welche Formeln das Land nutzt, um zu solchen Ergebnissen zu kommen“, sagt Rehse.

So werde Wermelskirchen nie die finanziellen Probleme lösen können. Rehse: „Diese wurden zudem nicht von Bürgern, Rat oder Verwaltung verursacht, sondern sind darin begründet, dass Europa, Bund und Land immer mehr Aufgaben den Kommunen aufbürden, ohne ihnen die dafür nötigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.“

## Gemeinsame Aktionen

WGA 24.08.

### KOMMUNAL-„SOLI“ Gedanken an Massenpetition.

WNK-UWG-Fraktionsvorsitzender Henning Rehse fragt sich in einem Schreiben an Bürgermeister und Fraktionsvorsitzende, „welche Formeln das Land nutzt, um zu solchen Ergebnissen zu kommen“. Der Kommunal-„Soli“ sei „ein weiterer Nagel in den Sarg der kommunalen Selbstverwaltung“; so werde Wermelskirchen nie wieder aus den finanziellen Schwierigkeiten kommen.

Diese seien nicht von Bürgern, Rat oder Verwaltung verursacht, sondern „ausschließlich darin be-

gründet, dass Europa, Bund und Land immer mehr Aufgaben aufbürden, ohne die nötigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen“.

Rehse denkt an ein(e) gemeinsam an Resolution / Schreiben an Landesregierung / Landtag der Fraktionsvorsitzenden und des Bürgermeisters, die Organisation einer „Massenpetition“ der Bürger sowie die Ermächtigung des Bürgermeisters, eine Klage einzureichen bzw. einer gemeinsamen Klage mehrerer Kommunen beizutreten.

s.11.